

# Klassenbündnisse gestern und heute - die Erfahrungen in Chile

José Cademártori

## Ähnlichkeiten und Unterschiede zweier Krisen

### *Die Krise der sechziger Jahre*

Ende der sechziger Jahre war Chile in eine Periode der Erschöpfung seiner historischen Entwicklungsrichtung eingetreten. So sahen es die Hauptakteure, obgleich sie in Hinblick auf den Ausweg aus der Krise diametral entgegengesetzte Auffassungen vertraten. In der Interpretation der Rechten hatten die aufeinanderfolgenden Regierungen des Zentrums die Grundlagen der Nation, ihre wesentlichen Werte geschwächt. Die Freiheit, das Recht auf Eigentum seien durch die marxistische Diktatur und den Sozialismus bedroht. Die Christdemokratie sei dabei gescheitert, diesen Kräften Einhalt zu gebieten, im Gegenteil, sie hätte sie ermuntert. Notwendig sei eine starke Regierung, um Ordnung durchzusetzen. Für die Linke hatten sich die bestehenden staatlichen Institutionen in einen Bremsklotz verwandelt, sie verhinderten die Vertiefung der Demokratie, die neue Entfaltungsräume für die Beteiligung der Werktätigen und des Volkes erforderte. Man brauchte wesentliche Fortschritte hin zu sozialer Gerechtigkeit und zur vollen Ausübung der Souveränität über die nationalen Ressourcen, in der Perspektive die neue sozialistische Gesellschaft. Obwohl die Politik von Eduardo Frei, christdemokratischer Präsident Chiles 1964-68, zu einigen demokratischen Reformen geführt hatte, begrenzten seine Bindungen an die herrschenden Klassen seine Fähigkeit, diese Reformen voll auszuschöpfen.

Washington seinerseits sah seine Hegemonie auf dem Kontinent angesichts des Beispiels der kubanischen Revolution in Gefahr. Um dem entgegenzuwirken, intensivierte das Pentagon den Antikommunismus und schulte Tausende Offiziere in der Doktrin der „nationalen Sicherheit“, die dazu bestimmt war, die Streitkräfte auf den Kampf gegen den „inneren Feind“ vorzubereiten, durch „institutionelle“ Staatsstriche und Diktaturregime.

Auf ökonomischem Gebiet sprach sich die Rechte dafür aus, den ausländischen Investitionen Sonderbedingungen zu gewähren, die regulierende und fördernde Rolle des Staates aufzugeben, das große Eigentum zu schützen und die Sozialleistungen abzubauen. Die Unidad Popular dagegen schlug strukturelle Reformen vor wie die Nationalisierung der wichtigsten natürlichen Ressourcen, die Vollendung der Agrarreform, die Verstaatlichung des Finanzsystems, die Beseitigung der Monopole,

die Schaffung von drei Eigentumsformen, alles dies mit der Perspektive des Sozialismus.

Der Wahlsieg am 4. September 1970 gab der Strategie der Unidad Popular recht, er zerstörte die Dogmen der Ultralinken und die Mythen der Rechten, die verkündeten, daß es dem Volke nicht möglich wäre, auf dem Wege von Wahlen, im Rahmen der geltenden Institutionalität, an die Regierung zu gelangen. Eine fortschrittliche Lösung der Krise des Landes brach sich Bahn, ein neuer revolutionärer Prozeß zum Sozialismus, der in der internationalen Erfahrung keine Vorbilder hatte. Die denkwürdigen 1.000 Tage waren kein Scheitern, weil nicht das Volk, der höchste Richter, die Volksregierung absetzte. Es war die Oligarchie, der jahrhundertalte Feind, der sie durch Verrat, Sabotage, militärisches Komplott und Einmischung der USA stürzte. Nicht weil sie ihre Versprechen nicht erfüllt hätte, wurde sie beseitigt, im Gegenteil. Allende war der erste Präsident in der Geschichte Chiles, der voll und ganz seine programmatischen Zusagen erfüllt hat, um den Preis seines eigenen Lebens.<sup>1</sup> Es war die erste demokratische Regierung, die am Ende mehr Unterstützung der Bürger genoß als bei ihrem Antritt. Während der drei Jahre ihrer Regierungszeit bewies die Unidad Popular in der Praxis, daß es möglich war, wenn man die konterrevolutionäre Subversion in Schranken hielt, sich von der imperialistischen Abhängigkeit zu befreien, die Oligarchie von der Regierung zu verdrängen und sie durch eine partizipative und stärker auf Gleichheit beruhende Demokratie zu ersetzen.

### *Die Krise der neunziger Jahre*

Seit Ende des 20. Jahrhunderts befinden wir uns in einer neuen Periode der Instabilität und Unregierbarkeit. Diesmal betrifft es das neoliberale Modell, das durch den Konsensus von Washington definiert ist. Seine Umsetzung bedeutete in ganz Lateinamerika die Verstärkung der Armut, die Zuspitzung von Ungleichheit, die Einschränkung der Souveränität und den Verlust sozialer und Bürgerrechte. Die Demokratien „unter Vormundschaft“, die die Diktaturen ersetzt haben, sehen sich unfähig, die soziale Unzufriedenheit und ihren Übergang in Rebellion zu beschwichtigen. Die Regierungen, die ihre Versprechungen für einen Wandel beiseitelassen, verlieren eine nach der anderen an Wahlunterstützung. Neue Führer treten hervor, neue soziale Bewegungen, Koalitionen der Volkskräfte und neue Regierungen, die trotz des Widerstandes der traditionellen Mächte die Rezepte Washingtons ablehnen und neue, unabhängige Wege suchen.

Chile, das als ein Beispiel des erfolgreichen Neoliberalismus ausgegeben wird, vollendet ein Jahrfünft der Stagnation und des Rückgangs der kleinen und mittleren Betriebe, während die Gewinne der Monopolunternehmen wachsen. Die Werk-

---

<sup>1</sup> Zur Wertung der Ergebnisse der Regierung der Unidad Popular siehe José Cademartori: El Gobierno de Allende, treinta años después, in: El Imperativo de la Memoria, Sonderausgabe der Zeitschrift „Alternativa“, Instituto de Ciencias Alejandro Lipschutz, Santiago, September 2000.

tätigen leiden unter einer chronischen hohen Arbeitslosigkeit, eingefrorenen oder sinkenden Löhnen und erschöpfend langen Arbeitstagen. Bettetei, Kriminalität und Drogenhandel nehmen überhand. Die Privatisierungen haben den Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Bildung, Altersversorgung, Wasser- und Energieversorgung und anderen sozialen Dienstleistungen verteuert. Angesichts der Ausbreitung der Armut und der zur Schau gestellten Privilegien der Elite an der Macht äußert bei Umfragen die Mehrheit der Befragten die Erkenntnis, daß das neoliberale System nur für die Bereicherung einer Minderheit funktioniert. Die Proteste der Lohnabhängigen, Studenten, Fischer, Landwirte, der indigenen Bevölkerung, der Arbeitslosen, der Kleinunternehmer wachsen an. Es verbreitet sich die Überzeugung, daß die von Pinochet ererbte Institutionalität, von der wir regiert werden, ein großes Hindernis für die Wahrnehmung der Bürgerrechte und für die lange aufgeschobenen demokratischen Veränderungen ist.

In den Reihen der Concertación<sup>2</sup> breitet sich angesichts ihrer voraussehbaren Wahlniederlage Unruhe aus. Die Konflikte zwischen ihren Parteien und in diesen um die Nachfolge auf dem Präsidentenposten und um die Richtung, die verfolgt werden soll, akzentuieren sich. In der Rechten vertiefen sich die taktischen Diskrepanzen und die Streitigkeiten um die Hegemonie zwischen UDI<sup>3</sup> und RN<sup>4</sup> und innerhalb dieser Parteien, bis hin zum Wiedererstehen des harten Pinochetismus. Die Regierung Lagos, die durch Korruption und die Nichterfüllung ihrer Versprechungen an Ansehen eingebüßt hat, verliert an Unterstützung, sie weicht vor den Forderungen der Großunternehmer zurück, womit der Weg für die Rückkehr der Rechten bereitet wird. Diese bereitet sich bereits darauf vor, sich des Regierungspalastes Moneda zu bemächtigen, den Kongreß unter ihre Kontrolle zu bringen, ihre rückwärtsgewandten Vorstellungen in der Rechtsprechung, den Streitkräften, dem Polizeiapparat und den Massenmedien durchzusetzen. Wenn sie die ganze Macht in ihren Händen konzentriert, glaubt sie die Concertación gefügig machen und den Volkswiderstand ersticken zu können, um die neoliberale Globalisierung zu beschleunigen und den Forderungen nach den Menschenrechten ein Ende zu setzen.

Alles in allem ist dieses Szenarium weder schicksalhaft noch unvermeidlich. Die Krise des Neoliberalismus, die auf dem Kontinent um sich greift, kann auch in Chile zu einer tieferen Spaltung zwischen den Befürwortern des Systems, zu einer Neuordnung des politischen Bildes und zu neuen Bündnissen führen.

---

2 Die seit 1990 an der Regierung befindliche Koalition Concertación (Vereinbarung) umfaßt die Christdemokratische Partei (PDC), die Partei für die Demokratie (PPD), die Sozialistische Partei (PS) und die Radikale Sozialdemokratische Partei (PRSD). – d. Übers.

3 Unabhängige Demokratische Union, profaschistische Partei. – d. Übers.

4 Nationale Erneuerung, rechtskonservative Partei. – d. Übers.

## Die Beziehungen zwischen der Linken, dem Zentrum und der Rechten

### *Gestern: die Entwicklung der Linken*

Wenn man die beiden Perioden vergleicht, springt das unterschiedliche Kräfteverhältnis in der Auseinandersetzung zwischen den Klassen ins Auge. Gestern war die Linke stark, es existierten drei gleichgewichtige Gruppierungen in der Gesellschaft, von denen zwei für fortschrittliche Veränderungen eintraten. Die Rechte war isoliert. Heute ist die Linke gespalten und zersplittert, es gibt nicht mehr die Drittelung der Kräfte, das Zentrum hat die neoliberale Ideologie übernommen, und die Rechte hat sich nach dem Sturz der Diktatur wieder erholt. Im Weltmaßstab verschwand das relative Kräftegleichgewicht des kalten Krieges, die Vereinigten Staaten wurden zur herrschenden Supermacht. Ihr imperiales Diktat trifft aber in allen Teilen der Welt auf Widerstand, die Mobilisierungen gegen die neoliberale Globalisierung wachsen an, und eine neue demokratische Entwicklung bricht in Lateinamerika an.

Man sollte sich daran erinnern, daß in den fünfziger Jahren die chilenische Arbeiterklasse geschwächt war, gewerkschaftlich und politisch. Die Kommunisten waren in der Illegalität, die Sozialisten tief gespalten, das Wahlsystem förderte die Bestechung und verschloß großen Massen der Bürger den Zugang zum Stimmrecht. Trotzdem stellten die Werktätigen ihre Gewerkschaftseinheit wieder her, entwickelten ihr Klassenbewußtsein und stärkten ihren Einfluß in der Gesellschaft dank ihrem beharrlichen und vielfältigen Kampf für ihre Bedürfnisse und durch die Unterstützung der Forderungen anderer Sektoren des Volkes. Von der Bildung der Front des Volkes (1952-1956) über die Front der Volksaktion (FRAP, 1957-1968) bis zur Volkseinheit (Unidad Popular, 1969-1973), wuchs die Linke organisatorisch und ideologisch. Das wurde möglich durch zwei strategische Errungenschaften: die Einheit zwischen Sozialisten und Kommunisten, die ihre taktischen Meinungsverschiedenheiten zurückdrängten, und die Ausdehnung ihres Einflusses, nicht ohne Schwierigkeiten, in Richtung auf das Zentrum und die Mittelschichten unter Einbeziehung fortschrittlicher christlicher, laizistischer und ibañistischer<sup>5</sup> Strömungen. Das Präsidentschaftsprogramm der UP definierte treffend die nationalen Probleme, deckte die tiefen Ursachen der Krise auf und zeichnete die mittelfristigen und unmittelbaren Maßnahmen vor, die im Lande herangereift waren.

---

<sup>5</sup> Anhänger von General Carlos Ibañez, Ex-Diktator (1927-1931); in einer zweiten Regierungsperiode 1952-1958 zum Präsidenten gewählt, verfolgte er eine populistische Modernisierungspolitik. Linke Kräfte unter seinen Anhängern, die in verschiedenen kleinen Parteien wie der Agrar-Laboristischen, der Partei der Arbeit, der National-Demokratischen Partei gruppiert waren, folgten Allende bis zum Ende.

*Das Verhältnis der Linken zum Zentrum*

1969 formulierte die Christdemokratie ihre Vorstellungen von 1964 neu und entwickelte ein Projekt des kommunitären Sozialismus, eines nichtkapitalistischen Weges und demokratischer Reformen, die mit denen von der UP geforderten zusammenliefen. Auf dieser Grundlage konnte man einen großen nationalen Konsens für tiefgreifende Reformen schaffen. Während einer kurzen, aber entscheidenden Periode siegten die progressiven Strömungen in der Christdemokratie über die konservativen und setzten eine Linie durch, die zur Isolierung der Rechten und zum Scheitern der ersten von den USA unter Präsident Nixon geförderten Verschwörungen beitrug. In diesem Zeitraum stellte sich die DC gegen zwei putschistische Komplote (Viaux und Valenzuela), wies die Bestechung ihrer Abgeordneten durch die USA und die Manöver der Alessandri-Anhänger<sup>6</sup> zurück und ermöglichte durch ihre Stimmen den Aufstieg Allendes zur Präsidentschaft.<sup>7</sup> Später unterstützte sie im Kongreß die Nationalisierung der Kupferbergwerke und der Telefondienste, akzeptierte die Vertiefung der Agrarreform, schlug die Vergesellschaftung des Banksystems vor und war an dem Punkt, dem Gesetz über die Schaffung des Sektors gesellschaftlichen Eigentums zuzustimmen. Die Verständigung UP-DC stärkte indirekt auch die verfassungstreue Strömung in den Streitkräften und die demokratische Strömung in der katholischen Kirche. Dagegen erleichterte der Bruch zwischen der Linken und dem Zentrum, auf den Washington und die Rechte hinarbeiteten, den Weg zum Putsch.

Zwei weitere Akteure trugen das Ihre dazu bei, die DC den Putschplänen unterzuordnen. Einerseits die von Frei und Aylwin geführte Strömung, die sich als Verteidiger der Demokratie darstellten, während sie im geheimen die ihnen befreundeten Generäle - Arellano, Bonilla - ermunterten, die Konspiration mit dem rechten Sektor der Streitkräfte fortzusetzen, der von Admiral Merino angeführt wurde. Diese Haltung gipfelte in der öffentlichen Rechtfertigung des Staatsstreiches vom 11. September 1973 als angeblich „einzigem Ausweg“. Als Antwort auf diese Linie verurteilte der demokratische Sektor der DC, an dessen Spitze Leighton und Fuentealba standen, den Putsch.

Zu nennen sind zum anderen die abenteuerlichen, in eine pseudorevolutionäre Sprache gekleideten Aktionen ultralinker Gruppen, einige davon infiltriert von faschistischen Agenten oder der CIA (Ermordung des früheren christdemokratischen Innenministers Pérez Suchovic, Fall des Provokateurs Romo etc.), und die irrije Position, die - ausgehend vom MIR (Bewegung der revolutionären Linken) und einem Teil der SP, der MAPU (Bewegung der Einheitlichen Volksaktion) und der Christlichen Linken (IC) - jede Verständigung zwischen beiden Seiten mit dem

---

6 Alessandri, ein rechtskonservativer Politiker, war in den Wahlen 1970 Präsidentschaftskandidat der Nationalpartei. - d. Übers.

7 Da Allende mit 36,3 Prozent der Stimmen nur eine relative Mehrheit erhalten hatte, benötigte er die Zustimmung des Kongresses zur Übernahme des Präsidentenamtes.- d. Übers.

Argument blockierte, daß die DC, und nicht die Rechten und nicht die faschistischen Gruppen, der Hauptfeind sei. Der Ultralinken zufolge sollte die UP „ohne Kompromisse vorwärts schreiten“, alle kapitalistischen Unternehmen und den Boden der kleinen und mittleren Eigentümer enteignen, die Spaltung zwischen Soldaten und Offizieren vorantreiben, die Streitkräfte durch eigene Kräfte besiegen und mit einem Schlag „die ganze Macht“ erobern.<sup>8</sup>

Die Geschichte zeigte jedoch, daß es richtig war, sich streng an das Programm der UP zu halten und es nicht zu überschreiten, die in Angriff genommenen Strukturreformen zu konsolidieren, die finanziellen Ungleichgewichte zu überwinden und das planmäßige Wachstum der Wirtschaft wieder in Gang zu setzen.

Für all das war es unerlässlich, das Fortbestehen des demokratischen Systems zu sichern und die öffentliche Ordnung durchzusetzen, die in ihren Grundfesten bedroht waren und schließlich von ihren geschworenen Feinden, von Washington und der einheimischen Oligarchie, zerstört wurden. Um die Stabilität der Volksregierung zu sichern, war von Anfang an ein Basisabkommen zwischen der Linken und dem Zentrum wesentlich, es hätte dazu beigetragen, die demokratischen Strömungen innerhalb der Streitkräfte und der Polizei zu stärken (sowohl die Anhänger der UP als auch die Konstitutionalisten). Selbst wenn diese Verständigung einige Schritte zurück oder Verzögerungen bei der Umsetzung des Programms der UP gekostet hätte, wäre dies voll gerechtfertigt gewesen, denn dafür wären die Putschbestrebungen ausgeschaltet und der Bestand der Regierung bis zum Ende ihres Mandats gesichert worden. Das Blutbad und der historische Rückschlag, den der 11. September 1973 für Chile, Lateinamerika und die ganze Welt bedeutete, ist von solcher Dimension, daß solche möglicherweise notwendigen Zugeständnisse unbedeutend erscheinen, wenn das der Preis dafür gewesen wäre, die Tragödie zu verhindern.

### *Das Verhältnis zwischen der Rechten und dem Zentrum*

Was die Oligarchie betrifft, so bemühte sie sich nach den schweren Niederlagen, die sie in den Jahren 1961, 1964 und 1965 erlitten hatte, um die Einigung von Konservativen, Liberalen und Ultrarechten in der neuen, von Unternehmern und Latifundisten geführten Nationalpartei, die einer ultrakonservativen und autoritären Ideologie verhaftet war. Daneben war sie bestrebt, ihre Differenzen mit dem Zentrum in der Hoffnung zu überwinden, der Unidad Popular eine Niederlage zu bereiten. Indem sie die abenteuerlichen Aktionen der Ultralinken übertrieb und die sektiererischen Fehler der UP nutzte, zog die Oligarchie die DC in ihre

---

<sup>8</sup> Dazu und zu weiteren Fragen kann das bemerkenswerte und wenig bekannte „Dokument vom März 1973“ („Documento de Marzo de 1973“) konsultiert werden, das von Ezequiel Ponce, Carlos Lorca y Ricardo Lagos (ein Namensvetter des gegenwärtigen Präsidenten) erarbeitet wurde. Als Mitglieder der Leitung der Sozialistischen Partei im Untergrund wurden sie 1975 von der Diktatur verhaftet und sind seitdem verschwunden.

putschistischen Pläne hinein, die Sabotage, Paralyse des Wirtschaftslebens und terroristische Aktionen einschlossen. Um die Beteiligung der christdemokratischen Führer an der Verschwörung zu sichern, machte die Ultrarechte diese glauben, daß das Militärregime kurz sein würde, die Demokratie wiederherstellen und ihnen die Rückkehr an die Macht erleichtern würde. Das wahre Ziel Washingtons war jedoch die Errichtung einer militärisch-oligarchischen Diktatur auf unbestimmte Zeit. Einmal mehr erfüllte sich der Ausspruch von Tomic<sup>9</sup>: „Wenn man mit der Rechten gewinnt, ist es die Rechte, die gewinnt.“

Um das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen grundlegend zu verändern, unterdrückte die Diktatur die Werktätigen durch Terror, beseitigte die bürgerlichen Rechte, eliminierte die Errungenschaften der Mittelschichten und begünstigte die rasche Bereicherung der Monopolbourgeoisie auf Kosten des staatlichen Eigentums und einer brutalen Überausbeutung der Arbeiter. Schon bald brachen die Politiker des Zentrums, um nicht völlig unterzugehen, ihr Bündnis mit der Rechten und erklärten ihre Opposition zur Diktatur, um letztendlich mit ihr einen paktierten Abgang zu vereinbaren.

## Die Erfordernisse für einen progressiven Ausweg

### *Rolle und Notwendigkeit der Arbeiterklasse*

In der Etappe, in der wir uns gegenwärtig befinden, hängt die Perspektive für einen fortschrittlichen Ausweg aus der neoliberalen Krise von der Rekonstituierung der Arbeiterklasse als unabhängige soziale und politische Kraft ab. Im Gegensatz zu dem, was Ideologen der verschiedensten Spielart behaupten, ist die Klasse der ausgebeuteten Lohnarbeiter nicht verschwunden, sie hat sich im Gegenteil vergrößert. Ihre Zusammensetzung hat sich freilich merklich verändert, aber wenn man alle ihre Abteilungen in Chile zusammennimmt, bildet sie die Mehrheit, mehr als zwei Drittel der ökonomisch aktiven Bevölkerung. Im Vergleich zu den sechziger Jahren hat sich innerhalb dieser Klasse der Anteil der Handarbeiter progressiv verringert, der Anteil der Verwaltungangestellten, Handelsangestellten, Techniker, Intellektuellen und akademisch ausgebildeten Fachkräfte erhöht, das Gewicht des Dienstleistungssektors ist gewachsen, der Anteil werktätiger Frauen ist gestiegen. Es gibt ein wachsendes Kontingent von Zeitarbeitern und weniger unbegrenzte Arbeitsverträge, ein Anwachsen der informellen Arbeit und der strukturellen Arbeitslosigkeit. Es gibt auch eine größere Ungleichheit in der Entlohnung und größere Unterschiede in den Arbeitsbedingungen und Formen des Lohnes. Das alles macht die Einheit und die Koordinierung des Kampfes gegen das Kapital schwieriger. Aber eins ist klar: Ohne die Existenz einer arbeitenden Klasse, die der Produktionsmittel beraubt ist und gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um

---

<sup>9</sup> Radomiro Tomic war ein Führer des linken Flügels der Christdemokratie.

überleben zu können, gäbe es auch heute keinen Mehrwert, kein Kapital, keine Bourgeoisie und keine Monopole.

Die Arbeiterklasse hat der unbarmherzigen Verfolgung durch die Pinochetdiktatur Widerstand geleistet, sie hat sich wieder gesammelt und eine wichtige Rolle bei der Niederlage der Diktatur gespielt. Aber sie konnte nicht genügend Kräfte akkumulieren, um einen fortschrittlichen demokratischen Ausweg zu sichern. Ein nicht geringer Teil, der noch unter dem Syndrom des Terrors stand, glaubte den Versprechungen der Koalition, die sich in der Concertación zusammengeschlossen hat, und bewahrte Ruhe. Aber die Regierungen Aylwin, Frei und Lagos behielten im wesentlichen die Arbeitsgesetzgebung bei, die von Pinochet diktiert worden war. Sie duldeten die Übergriffe der Patrone, die antigewerkschaftlichen Praktiken und die Verletzung elementarer Arbeitsrechte. Bei der strukturellen Massenarbeitslosigkeit wurde die willkürliche Entlassung zu einer Hauptwaffe des autoritären Vorgehens der Unternehmer. Es ist kein Zufall, daß die Intensität und die Produktivität der Arbeit beschleunigt gewachsen sind, während der Anteil der Löhne am geschaffenen Neuwert zurückging.

Die harte Erfahrung hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse ihre zersplitterten Kräfte sammeln muß, um sich erfolgreich den neuen Bedingungen, die die Globalisierung und der neoliberale Rahmen schaffen, zu stellen, daß sie neue Formen der Organisation und des Kampfes finden muß, Möglichkeiten der Zusammenführung derer, die unter unterschiedlichen Bedingungen kämpfen. Sie muß die Arbeitslosen und Zeitarbeiter organisieren, spezifische Strukturen für die arbeitenden Frauen oder für die Lohnabhängigen der zu transnationalen Gesellschaften oder Wirtschaftsgruppen gehörenden Betriebe schaffen. Gebraucht wird eine Gewerkschaftsbewegung, die Massenkontingente unter gemeinsamen Zielen unmittelbaren und langfristigen Charakters, mit festeren Verbindungen in Lateinamerika und im internationalen Rahmen mobilisieren kann. Die Arbeitsbedingungen werden heute weniger im einzelnen Unternehmen als vielmehr auf nationaler und internationaler Ebene entschieden. Themen wie Gesundheit, Bildung, Altersversorgung, Umwelt, Kultur, ethnische und Geschlechterdiskriminierung, Globalisierung und nationale Souveränität werden zu einem Hauptteil der Forderungen der Arbeiter, weit mehr als in der Vergangenheit. Das schließt auch die Notwendigkeit von Bündnissen oder gemeinsamen Aktionen mit Vereinigungen, Gremien und Kollegien von Kräften mit akademischer Fachausbildung ein. Die Einheitszentrale der Werktätigen (CUT), die regionalen und lokalen Verbände der CUT müssen viel stärker in das politische Geschehen (nicht unbedingt auf parteipolitischer Ebene) eingreifen und sich besser befähigen, den Gang der Ereignisse zu durchschauen und sich einzumischen. An die erste Stelle müssen die Prinzipien und Werte gerückt werden, die sich historisch als entscheidend erwiesen haben: die gewerkschaftliche Einheit, der Kampfgeist, die Solidarität, die Klassenunabhängigkeit, die Achtung der inneren Demokratie und der ideologischen Unterschiedlichkeit.



*Zu einer antineoliberalen Einheitsfront*

Zusammen mit der Wiederherstellung der historischen Rolle der Werktätigen wird ein Programm gebraucht, das zeitgemäß ist, und müssen die einheitlichen politischen und sozialen Orientierungspunkte erarbeitet werden. Erforderlich sind auch Formen der Zusammenarbeit und Kompromisse der Linken mit Sektoren des politischen Zentrums, die die Mittelschichten repräsentieren, jene, die die negativen Folgen der transnationalen Globalisierung verspüren und bereit sind, ein neues Verhältnis zur Linken einzunehmen, das ihnen Stabilität und Zukunft sichert. Es geht darum, ein Nationales Entwicklungsprojekt zu formulieren, ein Projekt für das Land auf lange Sicht, das sich auf eine fortschrittliche und partizipative Demokratie gründet, auf einen Staat, der Motor und Regulator der Wirtschaft ist, auf die Überwindung der Diskriminierungen und sozialen Ungleichheiten und eine nationale Souveränität, die zur lateinamerikanischen Integration hinführt.

Dabei gilt es, die vereinfachte Vorstellung zu widerlegen, daß die Antwort auf das neoliberale Modell die unmittelbare Errichtung eines sozialistischen Systems sei. Die jüngere Geschichte hat uns gezeigt, daß der Aufbau einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft eine Aufgabe ist, die langen Atem erfordert, die Perioden des Vorwärtsschreitens, der Beschleunigung, der Stagnation und des Rückschritts umfaßt. Auch die Revolution ist kein linearer, kontinuierlicher, stets aufsteigender und immer in der Offensive befindlicher Prozeß, sie muß mit Reformen und evolutionären Prozessen kombiniert werden. Doch im gegenwärtigen nationalen Kontext bleiben die Concertación und alle ihre Parteien an die neoliberale Globalisierung gefesselt. Im höchsten Fall kann man von ihr kosmetische Veränderungen erwarten.

Notwendig ist daher eine Alternative oder ein Entwurf der Linken gegenüber dem Zentrum in der Concertación und dem Bündnis der Rechten. In bezug auf diese beiden Pole kann man davon sprechen, daß es um den Aufbau einer dritten Kraft geht, die politische und soziale Organisationen umfaßt. Dieser Volksblock darf nicht nur auf Wahlen ausgerichtet sein, sondern muß soziale, ideologische, mobilisierende und koordinierende Wirkung auf die Massenkämpfe gewinnen, wie sie immer wieder andere erfolgreiche Volksbündnisse in der nationalen Geschichte ausgeübt haben. Die bloße Existenz dieser einheitlichen dritten Kraft, die in der Lage ist, jene zu repräsentieren, die bei verschiedenen Umfragen weiterhin Werte der Linken zum Ausdruck bringen (zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Befragten), hätte bereits Gewicht in der nationalen Politik. Ein zweiter und entscheidender Schritt wäre es, zu einer aktiven nationalen Mehrheit zu werden, die fähig ist, die demokratischen Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen vorwärts zu bringen.

Die Formierung einer aktiven nationalen Mehrheit gegen den Neoliberalismus, für demokratische Fortschritte in der Wirtschaft und im Staat ist nicht gleichbedeutend mit einer zahlenmäßigen oder Wahlmehrheit. Sie muß konsistent aus Bündnissen,

aus der Beteiligung von Klassen und Schichten aufgebaut sein. In ihrem Rahmen müssen sich mehrheitlich die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der (materiell oder ideologisch) radikalste Teil der Mittelschichten artikulieren. Diese Sektoren sind die verlässlichsten und konsequentesten Verteidiger der demokratischen Rechte und die Erbauer einer neuen sozialistischen Gesellschaft. Aber das reicht nicht aus. Unter den gegenwärtigen politischen und historischen Bedingungen ist es für die Gewinnung einer nationalen Mehrheit zur Unterstützung der politisch und ökonomisch herangereiften Ziele möglich und notwendig, einen Teil der Mittelschichten an sich zu ziehen und einen weiteren Teil zu neutralisieren. Der Doppelcharakter dieser Schichten ist bekannt: Einerseits fürchten sie im Prinzip den Sozialismus und die werktätigen Massen (nicht ohne Grund, wie die Erfahrung zeigt), andererseits sind sie vom neoliberalen Modell enttäuscht, weil es sie in Unsicherheit hält und die Gefahr heraufbeschwört, ihre Errungenschaften zu verlieren. Gerade das charakterisiert die Massen des Zentrums, die infolge ihrer Stellung in der Gesellschaft wankelmütigen Charakter haben und sich ebenso schnell der Rechten wie der Linken zuneigen, mit Führern, die unterschiedliche Rollen spielen oder auch mit den gleichen Politikern, die ohne die geringsten moralischen Skrupel die Fronten und die Verbündeten wechseln.

Die politischen Parteien, Persönlichkeiten und die neuen sozialen Bewegungen, die gewillt sind, einen demokratischen Ausweg aus der Krise des Neoliberalismus zu suchen, müssen ihre gegenwärtige Zersplitterung überwinden, mit der sie sich herumschlagen. Diese nützt nur den rückschrittlichsten Parteien, die die Wahlenthaltung, das Mißtrauen in die Politiker und die Atomisierung der gegen das System gewandten Strömungen ausnutzen, um mit verschwindend geringen Minderheiten die Macht an sich zu bringen. Eine geduldige Arbeit ist notwendig, um die parteienfeindliche Tendenz in einigen sozialen Bewegungen zu überwinden. Es gilt, die neuen Regeln der organisatorischen und einigenden Arbeit zu lernen, die von der Antiglobalisierungs- und Antikriegsbewegung entwickelt werden, die in verschiedenen Ländern große Massen zusammenschließt. Es erweist sich als dringend erforderlich, die sterilen Diskussionen beiseite zu lassen und sie durch die konkrete Diskussion über die nächsten Ziele und die in Angriff zu nehmenden Aktionen zu ersetzen, wie die Frage: Wie kann man Erfolge sichern, seien sie auch klein, und so das Vertrauen der neuen Generationen in ihre kollektive Kraft zurückgewinnen? Es muß Schluß gemacht werden mit den Manövern und kleinlichen Tricks zur Aufdrückung der Führungsrolle von Persönlichkeiten, Gruppen oder Parteien. Man muß sich mit Achtung gegenüber den anderen um die gemeinsame Führung bemühen und die großen Massen auf der Grundlage der erreichten Ergebnisse entscheiden lassen. Es gilt, die Erfahrungen der früheren großen Volkskoalitionen zu würdigen, wie auch der neuen, die sich in verschiedenen Ländern unseres Kontinents erfolgreich entwickeln. Geduldig und Schritt für Schritt gilt es, den großen

einheitlichen Bezugsrahmen des Volkes aufzubauen, der zu gegebener Zeit für die Mehrheit der Nation als Anziehungspunkt wirken kann, um eine solide partizipative Demokratie aufzubauen, eine geachtete nationale Souveränität zu gewinnen, eine nachhaltige ökonomische Entwicklung einzuschlagen und einen realen Schritt vorwärts zu sozialer Gerechtigkeit zu erreichen.

Aus dem Spanischen übersetzt von Helma Chrenko

## **Die deutsche November-Revolution 1918. Historische Ortsbestimmung aus heutiger Perspektive**

**Vortrag von Professor Dr. Helmut Bock  
mit anschließender Diskussion.**

**Am 11. November 2003, 19 Uhr**

**Ort: Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin-Prenzlauer Berg**

Veranstalter: Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e. V.  
In Zusammenarbeit mit dem  
Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung